



**CDU** KREISTAGSFRAKTION  
RHEINGAU-TAUNUS

Geschäftsstelle  
Liebigstraße 12  
65307 Bad Schwalbach  
Tel. (0 61 24) 725 999

E-Mail: [CDU-Fraktion.Rheingau-Taunus@t-online.de](mailto:CDU-Fraktion.Rheingau-Taunus@t-online.de)

14. August 2017

Herrn  
Kreistagsvorsitzenden  
Klaus-Peter Willsch MdB  
Heimbacher Str.7  
65307 Bad Schwalbach

24/17

Jr 15/08

### **Resolution: Abwenden des Fahrverbots für Dieselfahrzeuge in Wiesbaden**

Sehr geehrter Herr Willsch,  
die CDU-Kreistagsfraktion beantragt folgende Resolution:

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat gegen das Land Hessen hinsichtlich der Einhaltung des Luftreinhalteplans Klage eingereicht. In diesem Zusammenhang steht als Maßnahmenkonsequenz auch ein Fahrverbot für Dieselfahrzeuge in Wiesbaden im Raum, das auch gravierende Auswirkungen auf die Bevölkerung des Rheingau-Taunus-Kreises hätte. Der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises steht einem Dieselfahrverbot klar ablehnend gegenüber und appelliert an die Hessische Landesregierung, die Landeshauptstadt Wiesbaden, aber auch an die Vertreter der hiesigen Wirtschaft, insbesondere der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer, sich grundsätzlich für ein Abwenden des Fahrverbots für Dieselfahrzeuge in Wiesbaden einzusetzen.

#### Begründung

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat deutschlandweit Klagen eingereicht, weil in 16 Städten die Luftimmissionsgrenzwerte (z.B. Stickstoffoxid und Feinstaub) nach den jeweiligen Luftreinhalteplänen der Städte nicht eingehalten werden, so u.a. in Wiesbaden. Mit der Klage droht nun in Wiesbaden ein Fahrverbot für Dieselfahrzeuge. Ein Fahrverbot hätte auch für viele Menschen aus dem Rheingau-Taunus-Kreis folgenschwere Auswirkungen und Einschränkungen, bspw. für Pendler, die jeden Tag berufsbedingt nach Wiesbaden mit ihrem PKW fahren bzw. hindurchfahren müssen sowie zudem für die ÖPNV-Dieselmotoren der Rheingau-Taunus-Verkehrsgesellschaft (RTV). Somit sind die Menschen, die im Rheingau-Taunus-Kreis leben, unmittelbar betroffen. Zudem würde ein Fahrverbot für Dieselfahrzeuge ebenfalls übermäßig stark die mittelständischen Unternehmen aus dem Rheingau-Taunus-Kreis treffen, die zumeist mit ihren dieselbetriebenen Fahrzeugen u.a. in Wiesbaden tätig sind.

Die Stadt Wiesbaden hat im Frühjahr bereits Anstrengungen unternommen und legte ein 34-Punkte-Maßnahmen-Paket vor, um ein grundsätzliches Fahrverbot für Dieselfahrzeuge entgegenzutreten.

Ebenfalls erscheint es nicht wegweisend und sinnvoll zu sein, über Verbote zu agieren und damit im Besonderen die Bürgerinnen und Bürger sowie die mittelständischen Unternehmen ersichtlich einzuschränken, sondern vielmehr gebietet es, in Verbindung mit den Autoherstellern, Lösungen über Nachrüstungen zu finden, anstatt die Menschen zu gängeln.



André Stolz

Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion Rheingau-Taunus